

# Klassenkampf

Kommunistisches Organ für Halle-Merseburg mit der illustrierten Internationalen Arbeiter-Zeitung „Sichel u. Hammer“

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Freitag nachmittags, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,00 Mark durch die Post bezogen 2,50 Mark, ohne Zahlungsmittel. Verlag und Druck: Produktions-Gesellschaft für den Druck Halle-Merseburg GmbH, Halle, Verdenstraße 14.

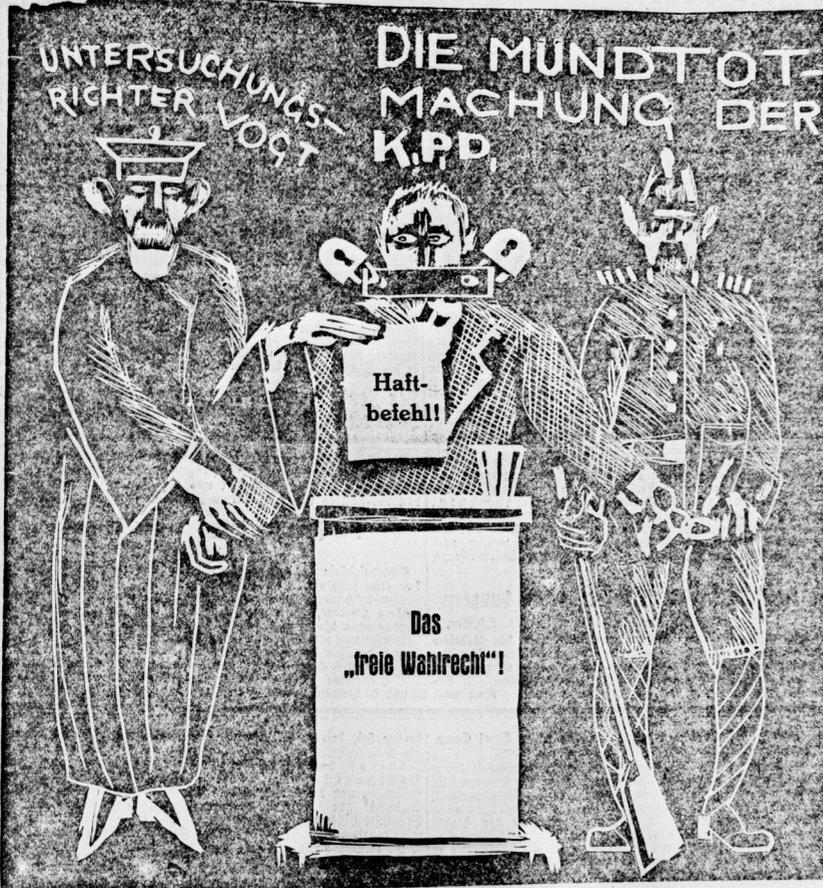
Herausgeber: Otto Kilian

Bezugspreis: 6 Geldspiegel 1. d. Willmeister Höhe u. Spalte; 36 Geldspiegel 1. Hofmann im Zentral-Verlag zu finden nach Halle, Verdenstraße 14. Tel. 1045, 1047, 1051. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postkonten: Verlags 100845 Halle, Abon. 100846

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Sonnabend, den 25. Oktober 1924

4. Jahrgang Nr. 200



## Die Verhaftungsaktion gegen die kommunistischen Reichstagsabgeordneten zugegeben

(Eig. Drahtmeld.) Berlin, 25. Oktober

Unsere Meldung über die Verhaftungsaktion des Untersuchungsrichters Vogt gegen sämtliche kommunistischen Reichstagsabgeordnete wird von der bürgerlichen Presse bestätigt. Eine Reihe größerer Blätter (so die „Völkischer Neuesten Nachrichten“) bringen ebenfalls die Meldung von der Generalankündigung zur Inhaftierung sämtlicher Genossen. Andere Blätter, wie die „D. N. Z.“, das große Stimmorgan, melden dagegen entsetzt, Vogt habe „nur“ fünf Haftbefehle erlassen, und zwar gegen die Genossen Schöler, Florin, Kach, Ruth-Pilcher und Gellert. Daß diese Verhaftungsaktion ein Schwindel ist, beweist schon allein die Tatsache, daß die Genossen Eggstein und Mastowitz, gegen die demnach kein Haftbefehl erlassen sein soll, auch verhaftet sind. Angesichts der hier Vogt aber nur Erfolg bei den Genossen gehabt, die infolge der pflichtigen Mitteilung des Reichstags noch nicht informiert waren, es den künftigen Säulchen erging, wie dem bösen Buben, der, nachdem er mit Wiese den Baum erstickt hatte, feststellen mußte, daß der Vogel bereits ausgeflogen war.

Ähnliche Meldungen erhalten wir aus Hannover, wo die Wohnung des Genossen Kay durchwühlt und aus Königsberg, wo in der Redaktion des „Echo des Völkens“ die Genossen Reichs-Tagabgeordneten Heidemann und Landtagsabgeordneter Karl Schumann verhaftet wurden. Alle drei erwiesen sich als „unauffindbar“.

## Sozialdemokratische Schuftigkeit

(Eig. Draht.) Hamburg, 25. Oktober.

In einer von der Deutschen Volkspartei veranstalteten öffentlichen Volkssammlung in Harmbrode machte der Generalsekretär der Deutschen Volkspartei Rofe für die Hamburger Arbeiterfraktion

die interessante Mitteilung, daß die Hamburger Sozialdemokraten, insbesondere der frühere Volksparlamentarier Henke, im Oktober 1923 an die Demokraten und die Volkspartei herantreten sei mit dem Erlaß einer vertraulichen Sitzung. In dieser Sitzung worden, die Zustimmung sämtlicher kommunistischer Bürgerfraktionsmitglieder auszubeden und sie verhaften zu lassen. Der Antrag sei begründet worden mit der drohenden Gefahr (!), die in den Döberberger für Hamburg bestanden habe.

Rofe erklärte weiter, daß, falls die Sozialdemokraten es heute ablehnen würden, er den genannten Erlaß, der im Oktober 1923 zwischen Sozialdemokraten, Demokraten und Volkspartei geführt worden sei, veröffentlicht werde.

## Die „Hamburger Volkszeitung“ beschlagnahmt!

(Eig. Drahtmeld.) Hamburg, 25. Oktober

Auf Erlaß der Staatsanwaltschaft Hamburg erschienen Volkszeitung in der „Hamburger Volkszeitung“, um die Nummer der „Hamburger Volkszeitung“ vom 23. d. M. wegen dringenden Bedarfs der Vorbereitung und der Aufforderung zum Hochverrat zu beschlagnahmen. Diese Nummer der „Hamburger Volkszeitung“ enthält ein Gedächtnisblatt anlässlich der einjährigen Wiederkehr der Oktoberkämpfe. Alle noch vorhandenen Nummern der „Hamburger Volkszeitung“ wurden beschlagnahmt.

## Genossin Schumann verhaftet

(Eig. Draht.) Solingen, 25. Oktober.

Heute wurde die sehr tüchtige kommunistische Funktionärin Mally Schumann ohne Angabe von Gründen verhaftet.

## Die Kommunisten im Reichstag

Von Walter Stoedter

„Klassenkampf“ schreibt seit Tagen schonetsch froh über den Scheitern der Kommunisten im Reichstag. Jeder Artikel, jede alle Angabe der SPD-Presse als plumpes Lügenstück.

(Die Rev. u. M.)

Wenn man heute die Spalten der sozialdemokratischen Presse durchblättert und ihre wiederträgliche Polemik gegen die Kommunisten sieht, sollte man glauben, der Reichstagsverband gegen die Sozialdemokratie sei wieder aufgetrieben; heute allerdings in der sozialdemokratischen Presse gegen die einzige Arbeiterpartei, die Kommunisten. Der ganze sozialdemokratische Haderwölch hallt wider von dem Gehetz über die kommunistischen Prügeln und Kinderkompetenzen und der unfaßlichen Arbeit der Kommunisten im Reichstag. Das der Reichstagsverband einst mit denselben Methoden gegen die Sozialdemokratie arbeitete, als sie noch Arbeiterinteressen vertrat, hat man in der SPD-Alte die längst vergessen. Für den bevorstehenden Reichstag ist es notwendig, diesen sozialdemokratischen Schwindel zu entlarven.

Daß die erste Prügeln im jetzt aufgelösten Reichstag nicht von den „kommunistischen Kaderweibern“, sondern von den „Janßen Lämmern“ der sozialdemokratischen Fraktion aufgeführt wurde, paßt zu dem ganzen SPD-Schwindel wie die Faust aufs Auge. In dieser „unwürdigen Prügeln“ kam es auch noch ausgerechnet in einem Moment, als die kommunistische Fraktion aus Protest gegen eine schamlose Bemerkung des bairischen Konterrevolutionärs Roth gegen den ermordeten Lenin in der Reichstagsfrage nicht zu gefährden. Kaum hatte die kommunistische Fraktion den Saal verlassen, als es zwischen den Sozialdemokraten und den Deutschnationalen zu einer ganz fröhlichen Prügeln kam, an der sich besonders die Sozialdemokraten Simon (Famern) und Eggert (Rief) berart beteiligten, daß die Sitzung aufgehoben werden mußte. Als Mitglieder einer anonymen Regierungspartei wurden Simon und Eggert natürlich nicht aus dem Reichstag ausgeschlossen, wie es früher — natürlich mit sozialdemokratischer Hilfe — den Kommunisten Eggstein, Reddemmer und Grube passierte.

Dabei leugnen wir keineswegs, daß es durch das Auftreten der kommunistischen Fraktion zu manchen heftigen Szenen im Reichstag gekommen ist. Der Reichstag ist nun einmal — trotz aller frommen Wünsche von Crispian und Stamper — kein höheres Richtertribunal, sondern die Stelle, an der die Klassengegensätze am sichtbarsten aufeinanderprallen, zumal seitdem eine starke kommunistische Fraktion dort in der Lage ist, die Lebensfragen der Arbeiterklasse mit aller Kraft aufzurollen. Die kommunistische Reichstagsfraktion ist nicht aus Ministern, Gesandten, Präsidentsen und Aufsichtsräten zusammengesetzt, sondern die kommunistische Partei hat in den letzten Reichstag zahlreiche Proletarier entsandt, die aus den Fabrikbetrieben in den Reichstagsaal eintritten und ihrer berechtigten Entrüstung und Empörung über die brutale Unternehmerrhetorik und das rücksichtslose Auftreten der kapitalistischen Reichstagsmehrheit oft in echt proletarischer Weise drastisch Ausdruck gaben. Schätze das gelante deutsche Proletariat die Möglichkeit, durch eigenen Augen schein im „Parlament“ mitanzusehen, so wäre wohl der Reichstag längst zum Teufel gejagt und Proletariat würden heute Deutschland regieren.

Wenn es im aufgelösten Reichstag manchmal zu heftigen Szenen kam, so deshalb, weil die kommunistische Fraktion eben mit aller Energie und Rücksichtslosigkeit die proletarischen Interessen vertrat, den Reichstag so behandelte wie er verdient, und sich dabei auch nicht von parlamentarischen Zwangsbinden zurückhalten ließ. So hatte sich die kommunistische Fraktion ganz besonders des Schicksals der über 7000 proletarischen Gefangenen angenommen, und zu der einzigen Prügeln im Reichstage, an der sich Kommunisten beteiligten, kam es, als der reaktionäre demokratische Klassenrichter Brod auf im Reichstage während einer Anwaltsdebatte ausrief: „Solange mir die Macht haben, kommt keiner aus dem Gefängnis!“ Daß durch eine solche schamlose Verleumdung, über die übrigens der ganze Reichstag empört war, besonders die kommunistischen Vertreter, die sich mit den proletarischen Gefangenen durchaus verbunden fühlten, in überhöher Erregung gerieten, ist durchaus verständlich. Aber selbst damals wäre es nicht zu einer Schlägerei gekommen, wenn nicht ein Sozialdemokrat unseren Genossen Grube an die Brust geklopfen hätte, angeblich um den brutalen Kapitalistenvertreter Brod auf zu schücheln.

Neben dem Schicksal der proletarischen Gefangenen, die übrigens, wenn es die Sozialdemokratie wollte, längst amnestiert und befreit wären, hat die kommunistische Fraktion

# Technische Nothilfe im holländischen Bezirk eingeleitet

(WAZ.) Halle, 25. Oktober.

Verfuge der in Thüringen auf die Provinz Sachsen übergriffene Streikbewegung hat dem holländischen Bezirk die Technische Nothilfe zur Verfügung von Reichsanstalten in holländischen Betrieben an acht Orten in 35 holländischen Betrieben mit 420 Arbeitern eingeleitet werden.

## Das Teno-Angebot in Erfurt

(Eig. Draht.) Erfurt, 24. Oktober.

Im Schlichthof, Elektrizitätswerk und in der Gesamtall ist die Tenogarde unter politischem Schutz zum Streikbruch eingeleitet. Anträge wurden ihnen sofortest geleistet. Außerdem wird ihnen Frühstück und Mittagessen geliefert. Für jede Schicht erhält ein Teno-Besitzer 10 Mark Lohn. Die Arbeiter werden für den Streikbruch aufgewahrt. Die Untersuchung dieses Vorfalls freiwillig. Die kommunikalischen Stadtratsmitglieder des Erfurter bezirks, die Stadt Erfurt soll aus dem mittelbischen Arbeiterverband der Städte austreten. Der Antrag wurde mit dem Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt!

Halle, 25. Oktober.

Die Stimmung unter den Streikenden ist sehr gut. Die Drohung des Magistrats, der nicht sofortiger Wiederaufnahme der Arbeit die Arbeiter zu entlassen, hat nach dem ersten der Streikenden zum Streikbruch wiederholte Genugtuung findet eine Verarmung im holländischen Gassewerk hat. Die Arbeiter des Gassewerkes haben gleich am zweiten Streittage die Arbeit wieder aufgenommen. Da ihnen der sozialdemokratische Stadtrat Döll verschiedene Zusicherungen gemacht hatte.

Die von den Sozialdemokraten zum Zweck des Streikbruchs geschaffene Garde, genannt „Technische Nothilfe“, ist nach der Werbung von Reichlichen Arbeitergruppen in acht Orten eingeleitet worden. Gestern mittag erst nach die Zeitung der Teno in Halle die Unerschämtheit, uns mitzuteilen, daß unsere Mitteilung über den Einzug der Teno unmaßig ist, daß sie nicht in Tätigkeit getreten ist. Und nun meldet das amtliche WAZ, das gerade Gegenteil. WAZ hat die Werbung von Reichlicher Arbeitergruppen Gemeinden und Kreise, und hat nach wolle, wo in vielen Betrieben die Streikbrecher arbeiten. Wer läßt nun hier? Glaubt die Zeitung der Teno, daß die Arbeiter in den Betrieben nicht leben, wo und in welchen Betrieben Streikbrecher arbeiten? Und glauben die Leute von der Teno-Werbung, die Arbeiter wollen nicht, was „Technische Nothilfe“ ist? Es ist nur eine Erfindung für das Verhalten der holländischen Teno-Organisationen. Sie weiß sehr gut, daß die „Technische Nothilfe“, die sich schon oft so „glänzend“ bewährt hat (siehe Jörnhering), nicht in der Lage ist, irgend einen Betrieb aufrechtzuerhalten, wenn nicht Leute aus dem Bezirk her anleiten. Sie weiß auch, daß die „Technische Nothilfe“ von jedem aufrechten, ehrlichen Arbeiter abgelehnt wird. Da will sie dem reichlichen, daß die paar Beamten die sich zum Streikbruch hergeben, ebenfalls von der „Teno“ abdrücken und daß die Arbeiter den Teno-Mitgliedern, die sie ja kennen, ihre Verachtung hundertfach zum Ausdruck bringen.

In der Stadt Halle selbst ist die Teno offiziell nicht eingeleitet worden, der Magistrat hat aber alle einberufenen Beamten der holländischen Betriebe, die zum Teil Teno-Mitglieder sind, nach dem Streikbruch abkommandiert, wo sie Streikbrecher sein sollen. Die Teno sollen daran denken, daß ihre Epigenorganisationen erst gestern in Berlin beschloßen haben, ihren Kampf um die Befolgungserhöhungen in enger Anlehnung an die Arbeiterorganisationen zu führen. An die Beamten ergeht deshalb die Anforderung, sich den Beschloßenen dieser Arbeiterorganisationen zu fügen und die Streikbrecher zu entlassen. Was hat übrigens der Sozialdemokrat Heimadient-Wüller, der Vorsitzende des Beamtenvereins, gegen den Streikbruch der Beamten unternommen? Sabotiert er den Gemeindearbeiter ebenso wie der sozialdemokratische Transportarbeiter-Verbandsangehörige Schumbarger, der erklärt er könne die Streikbrecher in der holländischen Hauptverwaltung nicht in Stellung genommen haben? Die Arbeiter müssen diese Sorte Menschen erkennen. Wir werden nach Ablauf des Streites uns näher mit der gesamten Streikführung beschäftigen.

## Das Reich läßt seine Arbeiter weiter hungern

(Eig. Draht.) Berlin, 25. Oktober.

Bei den Verhandlungen zwischen den Vertretern der Arbeiter der Reichsbetriebe im Reichsanwaltschaftsministerium erklärte der Reichsregierung, daß das Reich eine Lohnzulage nicht gewähren könne, da Wohnverhältnisse gerade in der augenblicklichen Zeit Geiseln für die Erfüllung mit sich bringen würden. Nach zwei

Trübs, also der Morganische Bankrott, die American Steel Comp. usw., sind die Kräfte, die den Reichstag aufgelöst haben. Die Regierung bezieht sich, dem Befehl der Entente-capitalisten nachzukommen. In „Ruhe und Ordnung“ sollen die Dawesgesetze durchgeführt werden. Der Untersuchungsrichter des Reichsgerichts, Pögl, hat gegen alle kommunikalischen Reichsagabergebörte Parteibetriebe erlassen, nicht nur am 1. November, sondern auch die Arbeit zu verhindern, nicht nur, daß er die kommunikalischen Abgeordneten verhindert, zu ihren Wählern zu sprechen, nein, wie er selbst zugibt, um auch die Partei materiell zu schädigen, da durch die Verhaftung resp. durch den Erlaß der Haftbefehle die kommunikalischen Abgeordneten verhindert sind, ihre Reichsreise zu be-

Die Regierung will mit dem zweiten Kiebert, mit dem Bogt, die kommunikalische Bewegung niederlegen. Sie bietet ihren ganzen Staatsapparat auf. Schon ist die Hamburger Volkseitung „beschlagene“ worden. Die Arbeiter werden diesen Schandtreib der „demokratischen, republikanischen Regierung“ parieren. Ueberwunden werden die Arbeiter nur gerade im Zusammenhänge für den Wohlstand der kommunikalischen Arbeiter.

Arbeiter! Kassenverfall! Die kommunikalische Partei wird unterdrückt und verfallt, weil sie die einzige Partei ist, die die Interessen des Proletariats wahrnimmt. Nur ist sie reflexlos für die Arbeiterchaft eingetreten. Jetzt gilt es zu zeigen, daß ihr die Rolle der kommunikalischen Partei begriffen hat. Jetzt gilt es zu zeigen, daß ihr allen Terror zum Trotz, nach wie vor die kommunikalische Partei als die einzige Partei angesehen werden. Wenn die Regierung die Zahl der politischen Gefangenen vermehrt, wenn sie die Führer der kommunikalischen Partei verfolgt und in die Zuchthäuser steckt, wenn sie unsere Presse verbietet, wenn sie uns materiell schädigt, dann sind das Zeichen dafür, daß die Arbeiterchaft genehmigt werden soll, daß die Dawes-Gesetze vom neuen Reichstag mit aller Reichsgerichtsgegenwart gegen Beamten durchgeführt werden sollen, daß die Leiter des Staatshaushaltes die arbeitende Bevölkerung allein tragen soll. Soll zum Gegenüber, aus macht alle Maßnahmen der Marx-Regierung und der Sozialdemokratie zunichte, in dem ihr die Sammelstellen für die kommunikalische Partei zeichnen, indem ihr noch mehr kommunikalischen in den neuen Reichstag löst.

## SPD. für den Zollschub-Minister

Schlafstörung des Preußischen Landtags.

(Eig. Bericht.) Berlin, 25. Oktober.

In der letzten Sitzung des Preußischen Landtags, am Freitag ergreift der demokratische Landwirtschaftsminister Wendorf das Wort, um gegenüber den landwirtschaftlichen Anträgen zu erklären, daß er im Ministerium kein mit aller Kraft für agrarische Ziele einsetzende sei. Der sozialdemokratische Ministerpräsident Braun

Wochen, wenn sich die Wirtschaftslage mehr gelichtet haben dürfte, sollen keine Verhandlungen mit dem Reichsminister anfangen werden. Die Arbeitervertreter beschloßen die Delegationen der Regierungsvertreter, die Verhandlungen wurden ergebnislos abgeschlossen.

Daß durch eine Lohnerhöhung für die Reichsarbeiter die Wahrung nicht gefährdet wird, das weiß wohl jeder wirtschaftliche Arbeiter. Die Regierung hat bis zum Inkrafttreten des Zahlungsplanes des Dawes-Battes alle zehn Tage zwanzig Millionen Goldmark auf Reparationskonto zu zahlen. Wir haben in der Donnerstagsausgabe nachgewiesen, daß die bestehende Klasse sehr wenig Steuern zahlt. Wenn diese zwanzig Millionen Goldmark, die wie etwa zehn Tage auf Grund des von der Bourgeoisie verlorenen Krieges abgeben müßten, von der Bourgeoisie und den Kriegsoberleitern eingetrieben würden, wenn man den Kriegsoberleitern keine Pensionen zahlen würde, wenn man dem Deuteurer von Amerongen nicht monatlich 50 000 Mark in den Klagen werfen würde, dann könnte den Reichsarbeitern eine angemessene Lohn-erhöhung sehr gern gewährt werden.

## Auch die Beamten fordern Gehaltserhöhung

(Eig. Draht.) Berlin, 25. Oktober.

Gestern traten die Epigenorganisationen der Beamenschaft zu einer Konferenz zusammen, in der zur Frage eines Gehaltserhöhung Stellung genommen wurde. Von allen Seiten wurde betont, daß durch die fortschreitende Teuerung und des sich vergrößernden Mißverhältnisses zwischen den Gehältern der Beamten und der Lebenshaltungskosten eine durchgreifende Gehaltserhöhung unbedingt notwendig und unaufschiebbar ist. Es wurde eine Deputation zum Reichsanwaltschaftsminister entsandt, die diesem die Forderung auf Annahme von Gehaltserhöhungen unterbreitete. Ferner wurde beschlossen, die Befehlsgewalt nach Möglichkeit in gemeinsamen Front mit der Arbeiterchaft durchzuführen.

Die Front schläßt sich. Auch die Beamten erkennen, daß sie allein auf keine großen Erfolge rechnen können, daß nur der gemeinsame Kampf aller Arbeitenden zum Ziele führen kann.

## Die Berliner Hochbahner lehnen den Schiedspruch ab

(Eig. Draht.) Berlin, 25. Oktober.

Eine Verarmung des technischen Personals der Hochbahner nahm zu dem gefällten Schiedspruch Stellung. Der Tarifvorschlag wurde gegen eine Stimme abgelehnt. Ein weiterer Antrag, daß am Montag der Achtstundentag durchgeführt werden soll, wurde einstimmig angenommen.

## Die Arbeiter ohne Schuhe — Schuhfabriken werden geschlossen

Hirmalens, 25. Oktober.

Von 50 000 Einwohnern sind 20 Prozent erwerbslos. Eine Schuhfabrik nach der anderen muß den Betrieb einstellen. Erst nur einigen Tagen haben wiederum acht Schuhfabriken geschlossen. Bezeichnend ist, daß die Arbeiter beim Amtseigentümern beantragen mußten, daß über einen Betrieb der Konturs verhängt wird, weil er seit Wochen an die Arbeiter nur noch Mühsalsschulden leistete.

## Der Zentralverband der Angestellten gegen den Dawes-Plan und sozialistische Gewerkschaftspaltung

(Eig. Draht.) Düsseldorf, 25. Oktober.

Die Mitgliederverlammlung des ZVdA. hat in einer Enschloßung energig gegen die Kommunalerklärung der sozialdemokratischen Verbandsangehörigen protestiert und die Stellungnahme des Verbandsvorsitzenden für den Dawes-Plan aufs ärgste mißbilligt.

## Die Arbeiter sollen weiter hungern

(Eig. Draht.) Essen, 25. Oktober.

Schiedsprüche in der Metallindustrie sind zwei gefallt worden. Der erste sieht eine Lohnzulage von 6 bis 7 Prozent vor; dessen Verbindlichkeitsklärung wurde von den holländischen Gewerkschaften abgelehnt. Der zweite sieht die Verlängerung des Zehn-tagesdienstes bis zum 29. Februar 1925 vor; dessen Verbindlichkeitsklärung wurde von den Ausbeutern gefordert. Die Verhandlungen darüber sind geplatzt. Die Ausbeuterbehörden erklärten, daß vermutlich beide Schiedsprüche für verbindlich erklärt würden. Die allgemeine Preissteigerung im Ruhrgebiet beträgt zwischen 50 und 60 Prozent.

beeilte sich, das zu befehlen. Genosse Ernst Meyer benutzte die Gelegenheit, um die Aufgabe zu unterstreichen, daß ein Minister des Kabinetts Braun einseitig für die Forderung des Reichsgerichts, „Vorwärts“ eine sehr weitestgehende Stellung zum Zollfrage eingenommen. Der Sozialdemokrat Grewilf ludte das zu befehlen, worauf Genosse Meyer ihn verzweigt aus dem Reichsprotokoll des Hauptsaalchulles vom 11. Juli d. J., wonach Heimann folgendes ausführte:

„Distastel sei vielleicht ein Zoll für Fertigprodukte, für Fleisch, Vieh, Butter, Eier.“

Diese Stellungnahme der SPD. wurde noch unterföhren durch die Abstimmung der SPD. über ein deutschnationales Mißtrauensvotum gegen die sozialdemokratischen und den demokratischen Minister. Die SPD. stimmte nicht nur für Braun, Geertling und Siering, sondern auch für den demokratischen Landwirtschaftsminister Wendorf, den Reformator der Schulgasse!

Unsere Forderung gab die unten abgedruckte Erklärung ab. Nach Erledigung der namentlichen Abstimmung sah sich der Reichstag zu einer Sitzung am Freitag, den 25. Oktober, er verzichtete offenbar aus Furcht vor kommunikalischen Demonstrationen auf die sonst üblichen Abschlußsitzungen. Die kommunikalische Faktion begleitete den Schluß der Sitzung mit wiederholten Ruf: Kiebert mit der Klassenjustiz! Der mit der Annette!

## Gegen das Preußische Staatsministerium

Erklärung der kommunikalischen Faktion.

„Die kommunikalische Faktion ist leider nicht in der Lage, ein eigenes begründetes Mißtrauensvotum gegen das preußische Staatsministerium zu beantragen, weil es ihn in diesem Landtag am erforderlichen Faktionshäufigkeit fehlt. In neuen Landtag wird dieser Mangel behoben sein trotz aller Behinderung der kommunikalischen Wahlpropaganda durch Beherrschung und Zülfertiere.“

Die kommunikalische Faktion wird für den vorliegenden Mißtrauensantrag gegen die sozialdemokratischen und demokratischen Minister stimmen, da der Antrag fernerlei formulierten Begründungen enthält. Die Gründe der Deutschnationalen sprechen den Ministern das Vertrauen ab, weil das Staatsministerium ihnen zu wenig arbeitserleichternd war. Wir kommunikalischen sprechen den Ministern das Vertrauen ab, weil das Staatsministerium die Arbeiter der Arbeiterchaft zu schädigen beabsichtigt hat. Die kommunikalische Faktion befindet sich dabei in Uebereinstimmung mit den breiten Massen des wertföhren Volkes, das infolge dieser Politik wirtschaftlich zugrunde geht.

Kommunikalischer Landtagsfaktion. Ernst Meyer.

besonders die proletarischen Interessen bei den Beratungen des Dawes-Planes in London vertreten. Die Arbeiter meinten es jetzt von Woche zu Woche mehr, wie beirrechtigt der hartnäckige Kampf der Kommunisten gegen den Dawes-Plan war. Wir betonen also noch einmal, nur bei der Vertretung proletarischer Interessen, bei der Würgens die kommunikalische Faktion weiß allein klar, ist es im Reichstag zu holländischen Szenen gekommen und dann meist auch noch durch unerhörte Provokationen der Kapitalisten. Das Scheitern der Sozialdemokraten über das „unwürdige Auftreten“ der Kommunisten zeigt außerdem sehr klar, wie eintrübt und dorkhaft die Sozialdemokratie ist, wie sehr sie sich als Regierungspartei mit dem kapitalistischen Staat verbunden fühlt, so daß sie selbst opportunistische Maßnahmen mit Eifer durchführt und wichtiger noch ist, die von holländischen Oppositionsparteien in den Parlamenten von Paris, Rom, Wien und Budapest, um einige zu nennen, seit Jahrzehnten angewendet werden.

Als die kommunikalische Faktion bei einer besonders zugespitzten Situation sich handelte, ist aus dem Schlichthof der holländischen Gewerkschaften der Reichstag die „Internationale“ lang und die SPD-Vorrede hat darüber auch höchste moralisch eintritt, verdammt sie natürlich ihren Feiern die Tatsache, daß in derselben Zeit seine Gefährdungsgenossen im „altemwürdigen“ englischen Parlament wegen eines weit geringeren Anlasses, das revolutionäre Lied der britischen Arbeiterklasse, die „rote Fahne“ sangen. Wir stellen noch einmal fest:

Die kommunikalische Partei entsendet ihre Vertreter nicht in den Reichstag, um dort wie die Sozialdemokraten als Helfershelfer der Bourgeoisie kapitalistische „Wieder- aufbaupolitik“ zu betreiben, sondern die Kommunisten gehen in das Reichsparlament, um dort die Stimme des revolutionären Proletariats zu erheben und auch in einer Zeit, in der alles nur von Pazifismus trieft und Friedensplänen wehelt, die Revolutionarität des Sturzes der kapitalistischen Gesellschaft und der sozialen Revolution zu betonen.

Ein weiterer Agitationszweck der Sozialdemokratie, der besonders in der Provinzpresse auftritt, ist, daß die Kommunisten an den Arbeitern der Reichs- und Reichstags über überhaupt nicht beteiligten und meist bei den Beratungen nicht anwesend sind. Dieser elende Schwindel taucht nur in der Provinzpresse auf, weil die Berliner Arbeiter ja durch zahlreiche Vertreter von den Tribünen des Reichstags die kommunikalische Faktion zu häufig bei ihrem Kampf für die proletarischen Interessen gesehen haben. Gegenüber den Lügen z. B. der Sozialdemokratischen Reichstagszeitung in Köln, die erst dieser Tage wieder behauptete, von der 60 Mann starken Faktion seien meist nur 20 Mann anwesend gewesen, erklären wir, daß keine Faktion durchschäftlich so stark vertreten war, wie die kommunikalische. Dies all besonders für alle wichtigen Abstimmungen.

Die sozialdemokratische Presse verweigert natürlich, daß z. B. bei den entscheidenden Abstimmungen über den Annetiesgesetz vom 100 Sozialdemokraten im gesamten Reichstag anwesend waren! Wenn es dagegen galt, die kapitalistische Regierung zum Streikemann zu retten, war schichtverständlich die sozialdemokratische Faktion immer zahlreich vertreten. Was den besonderen Schwindel Solmanns betrifft, ist waren nicht nur mehr, nur zwanzig Kommunisten anwesend, sondern in keiner einzigen Sitzung des Reichstags waren nur zwanzig, sondern stets mehr als einhundert anwesend. Dasselbe gilt auch für die Kommunisten des Reichstags. Wo etwa sozialdemokratische Blätter oder Agitationsredner weiter mit diesem Betrag haushieren gehen und damit Arbeiter einfangen wollen, soll man sie offen des Schwindels beschuldigen und sie auf die amtlichen Akten des Reichstags verweisen.

Schließlich gehört zu dem Arsenal des sozialdemokratischen Lügenmaterials gegen die Kommunisten auch der Schwindel von der Einheitsfront der Kommunisten mit den Nationalisten im Reichstag. Daß die Reichstags und Deutschnationalen als Oppositionspartei oft gemeinsam mit den Kommunisten gegen die Regierung stimmten, ist doch ein zu verständlicher Vorgang. Daß der edle Crispian, der heute am meisten über die kommunikalischen-nationale Einheitsfront lächelt, als Unabhängiger jahrelang mit den Deutschnationalen gegen die Regierung stimmte, er heute ist jetzt nicht mehr zu wissen, dafür stimmt er heute so auch bei jedem Vertrauensvotum mit der sozialdemokratischen Faktion für die Regierung. Daß ferner die sozialdemokratische Faktion, wenn sie sich den Luxus leistete, für kommunikalische Anträge zu stimmen, sich dann ebenfalls meist in Einheitsfront mit den Reichlichen befand, beweist natürlich die edle sozialdemokratische Presse. Im übrigen stimmten mindestens oft als Deutschnationale und Kommunisten gemeinsam gegen die Regierung, auch Deutschnationale und Sozialdemokraten in holländischer „Volksgemeinschaft“ und „arbeitserleichterlicher Einheitsfront“ gegen kommunikalische Anträge. Das war dann der sozialdemokratische-deutschnationale Wof der Volksgemeinschaft gegen die Kommunisten.

So bricht eine Lüge der Sozialdemokraten über die Haltung der Kommunisten im Reichstag nach der anderen zusammen. Es wird gut sein, wenn unsere Redner sowohl als unsere Genossen in den Betrieben diese Dinge den sozialdemokratischen Agitatoren gründlich mit den Ohren schlagen. Ueber die „schlechte Arbeit“ der Kommunisten und unsere grundsätzliche Stellung zum Parlamentarismus sei in einem zweiten Artikel die Rede.

## Die treibenden Kräfte der Reichstagsauflösung

Die Reichstagsauflösung kam für alle unerwartet. Wohl waren die Meinungsverschiedenheiten der holländischen Parteien über den Annetiesgesetz und der Streit über den Anneties am dem Bourgeoisie liegen, noch zu groß, um einen Schritt zu machen, aber die wahren Ursachen der Reichstagsauflösung liegen tiefer. Was wir auf Grund unserer Kenntnisse von der Reichstagsauflösung für das was wir aber selten klaren Beweisen hatten, steht jetzt fest: Das Ausmaß hat die Auflösung des Reichstags.

Niemand anders als der Reichsausschussminister Stresemann vertritt dies. In einer Rede erklärte er in einer Sitzung gegen die Deutsche Demokratische Partei, daß „Einheitsfronten gegen die Reichstagsauflösung eine verhängnisvolle Rolle spielen. Diese Treiben hätten die Reichstagsauflösung verhindert.“

Wir haben immer gesagt, daß durch den Londoner Pakt Deutschnationalen zur Einheitsfront herangezogen wird. Kann es einen besseren Beweis dafür geben, daß Deutschnationalen nur noch der Spielball in den Händen der Ententeoppatisten ist? Auswärtige















# Leben Wissen Kunst

## Der Herbende Soldat im Drahtverhau

Es war ein Herrchen, der seinen Namen Walter Treppert, das Stück kommt bei der Besondere des roten Frontal-Verhau-Verfahrens im 'Kollapser' erstmalig zur Ausführung.

Eine Kugel kam geflogen,  
 Sie galt nicht mir.  
 Die Kugel flog,  
 Mein Blut wurde rot.  
 Wie blüht ich der Helldenk!  
 Ein Stücken Eisen, ein wenig Pulver,  
 dann fliegt die Kugel und mein Blut.  
 Wie blüht ich der Helldenk!

Ich will nicht herbei! Ich will mein Blut!  
 Mein Blut! Mein Blut und auch mein Blut!  
 Ich will kein Helldenk sein!  
 Ich will kein Leben!

Mein Vaterland?  
 Dafür wird ich hierher gegangen  
 und hätte hier den Draht gefesselt??  
 Nun hält mich Stachelndraht gefangen —  
 Verflucht sei Draht und Vaterland!

Wie fast, wie hart die Erde ist!  
 Wie gierig sie mein Blut aufsaugt!  
 Sie frisst und schluckt,  
 die Erde auch  
 und über Draht in Schamens Sand  
 flücht Leben mir und Vaterland.

Sa ha ich kann sogar noch leben,  
 denn mein letztes Blut verharret!  
 Mein Vaterland, ich herrt auf den Sachen  
 und frisst mich auf! — Mein Blut. — Mein Kind.

Nun geht's zu Ende.  
 Nächst werden meine Hände,  
 Hände werden meine Füße,  
 Trauben werden meine Sinne,  
 Selbend ist gleich mein Körper.  
 Gleich ist fast das Lebens Wärme  
 und das letzte Blut vernommen. —  
 Leben ist ich auf zwei Beinen,  
 herbei laß mich reinkommen,  
 werd' nach ... und bald frinnen,  
 Besitzt man mich dann zu begraben,  
 stellen mich des Kärlers Raben  
 und wenn die Granaten frachen,  
 wird mein toter Schädel lachen. —

Wenn ich herbe  
 wird mein Erb  
 jenes goldenen Vaterland,  
 daß mich in die Höhe schickte,  
 mich verlor und verließte,  
 das mich mit Stachelndraht umwand. —  
 Keine Flüche loh es eben!  
 Verflucht, du Schamersweichte Front,  
 für — die — ich — mußte — herbei!

## Brief aus Sowjet-Rußland

„Wir helfen allen“ ...

Ein sonniger Morgen in der finnischen Wälder. In der Ferne taucht das Leuchtlicht auf, an der Grenze der russischen Gewalt. Auf dem Nordemal unseres Schiffes fliegen drei Hähnen hinauf, das Zeichen. Wir verlangen Arbeit. Vom Feuerhügel ist fast ein kleines Boot ab, es kommt uns entgegen. Eine Ernteleiter fällt vom Schiff, der Rest kommt an Bord. Es ist noch früh, nur wenige Passagiere betreten das harte, gebrauchte Matrosenboot mit dem Kommandanten auf der Höhe und am Ufer und das Abschieden im Knoploch. Auf dem Abschied steht das Wort: „Keschabom“, die russische Begrüßung für die „Internationale Arbeiter-Hilfe“, luge ich zu ihm, auf was er antwortet. „Ja“, antwortet er, ein wenig lächelnd, „wir helfen allen“.

Nachmittags in Leninabad. Ich suche etwas von einem Bekannten zu erfahren, der früher in der russischen öffentlichen Bibliothek angeheuert war. Niemand weiß etwas von ihm, nur eine alte Bibliothekarin erinnert sich seiner, und jetzt kennt sie mit mir von Abteilung zu Abteilung, um jemandem eine Auskunft zu

erlangen. Nach vergeblichen Ver suchen bringt sie mich in ein Zimmer, wo die Lehrgänge der Arbeiter der Stadt sind, und mich führt sie die Gassen ab, eine Spur von dem Bekannten zu finden. — Als ich kam, war es kurz vor Tagesbruch, die Bibliothek ist jetzt schon geschlossen, die Angestellten sind schon längst nach Hause gegangen, die alte Frau hat noch kein Mittagbrot gegessen, und doch ist sie lachend da wegen der Angewandtheit eines wildfremden Menschen. „Aber Gesehnt, die Sache ist doch nicht so dringlich, ich kann ja morgen wiederkommen.“ „Wenn Sie schon da sind, Gesehnt, bleiben Sie nur, wir helfen ja allen.“

Abends am Oktober-Abend. Ich habe mein Gepäck aufgegeben und leht sit mit feiner Kapsel russisches Geld mehr gegeben, und das ausländische Geld will mir niemand wechseln. „Nur in der Bank“, ist die Antwort, in den Geschäften, im Wärdian, an der Bekleidungsstelle. Jetzt ist aber keine Bank mehr auf, und ich habe da, habe nicht einmal Geld für eine Straßenbahnkarte. Ich gehe zum Millionär (die in Ausland die Polizeibehörde versehen) und frage ihn, wo ich jetzt das Geld gewechselt bekomme. „Mitgedau“, ist die Antwort, „aber ich gebe Ihnen zwei Rubel, um zum Abend essen zu können. Im Hotel können Sie auch morgen zahlen.“ Er wirft einem „Jemoltschik“ (Kaufherr) zu, um ihm den ausländischen Gassen in das Sowjetland Nr. 1 (das frühere Hotel Astoria) bringen, und zwar für 50 Kopeten.“ Sie sollen ihn nicht mehr zahlen, die Kaufherr wollen womöglich die Ausländer ausbeuten“, wendet er sich zu mir. „Aber Gesehnt, Sie kennen mich doch gar nicht, ich will Ihnen als Lohn etwas geben.“ „Hier ist meine Adresse, Sie werden es mir schon zurückfinden, wir helfen gerne allen!“

Es war höchlich ein Zufall, doch ich an dem ersten Tag, den ich nach drei Jahren wieder im Sowjetland erlebte, dreimal auf dieselben Worte als Begründung der Selbstlosigkeit stieß. Aber kein Zufall ist diese selbstlosigkeits Evidenz, welche diese Nationen, sondern nur Menschheit kennzeichnen.

Man soll nicht damit kommen, der „russische Mensch“ ist besser als der „deutsche Mensch“. Der russische Arbeiter ist ebenlo klug, rühmlich, der russische Kaufmann ebenlo ausbeuterlich, der russische Lumpenproletariat durch ihre Zurückbleibenheit und Anrechnung ebenlo roh unter dem Jargonismus geweten, wie sein „ausbeuterter menschenwürdiger“ Bruder.

Diese in der Masse lebendige Opfermüdigkeit ist das Ergebnis der Schule der Revolution, der Beispiele der heroischen Opfer, der gemeinsamen Entbehrungen und der unermüdbaren Erziehung durch die kommunistische Partei Russlands.

Vor drei Jahren, in dem ersten friedlichen Jahr nach dem Sieg, waren nur die Reime dieser Entwicklung vorhanden, aber jetzt hat sie die breite Basis bekommen, das wertvolle Stoff selbst. Mögen die Ergebnisse des ersten Tages nur Zufall sein, aber meine weiteren Erfahrungen befestigen mich in dem Glauben, daß hier ein beispielvoller massenpsychologischer Prozeß vor sich geht, der ungeheure Zukunftsperspektiven eröffnet. Dieser Geist ist schon die Vorahnung vom Geiste einer sozialistischen Gesellschaft.

Geograph.

## Ein Traum

Wilde streckte der Gefangene seine schlaffen Knochen auf die Brüste. Er hatte zum ersten Male bei seiner Parteilichkeit solenne Mühsamkeit und noch tief ihm das Sinn durch die Finger. „Alles muß gelernt sein“, hatte ihm der aufständische Beamte gesagt. „Alles kostet Lehrgeld“, hatte grinsend der Hauptwachmeister gemeint, als er mit lächelndem Lächeln das Blut an die Hände des Gefangenen betrachtete. Diese brutalen Worte trafen am Herzen des Gefangenen. Trotz der furchtbaren Mühsamkeit konnte der Gefangene nicht einschlafen. An der schalen, dreieckig-grau getünchten Wand markierte sich auf bläulichem Grunde das Eisenraster des Fensters, der Reflex der untergehenden Sonne. Die wilden Gedanken durchstießen sein gemartertes Hirn.

Wie im Film lagten die dreißig Jahre seines Lebens an ihm vorüber. Frau Sorge hand schon am Abend, als er kaum die ersten Tage sich haben konnte. Frau „Sorge“ war übrigens ständiger Gast im Hause der Eltern. Freudlos war seine Jugend. Wie oft hatte er dem Hauspater über die Stubenür durchstobert: „Tritt ein, bring Glück herein!“ Bis zu dem Tage, wo er bewußt denken lernte und die Arbeitsschmerz gemann, daß jener Grund elendische Schwindel ist. Denn alle Dingen, die zu seiner Zeit den Fuß über die Schwelle setzten, waren Liebe, auch Menschen, die, wenn sie selbst das Glück gehabt hätten, sicher den Eltern damals etwas davon gegeben hätten.

Mit dem Verleihen: „Ein jeder ist seines Glückes Schmied“, hatte er das Elternhaus verlassen. Auf den Wärd-

sten in diesem Grünschein seiner Großmutter entdeckte er bald. Und so war sein ganzes Leben bisher höchster Enttäuschung gewesen. Graulamer Hohn war der Inhalt seines Dajens. Noch am letzten Sonntag, als in der „Räterevolution“ der Pflanze zu den „lieben Brüdern“ sprach und das Wort: „Wie hierher hat uns Gott gebracht durch seine große Güte“ aus heiseren Kehlen zu ihm drang, während er im Rücken die „Freiunde“ unter Ausfluß eines laubverwehenden „Bruders“ machen mußte, da baute sich die Hand zur Faust und er stuchte der Stube, in der er gezeugt ward. Alles das wühlte in ihm.

Hörsich ließ er sich wieder im großen Saale des Reichsgerichts, wo alle die Männer im roten Talar zumtrugen und das Recht suchten. Aber ganz anders war jetzt alles. Damals stand er mit sehr Genossen hinter jenen Tischchen als „Angeklagter“. Doch jetzt, was war das? Standen da nicht alle die Wammluden aus jenem Prozeß in Reih und Glied vor ihm? Er war Kopfsteher und mit ihm sprachen die anderen neun Genossen — Reht! Inmitten des großen Saales war auf Rollen ein hartes Tau an der Decke befestigt. Der Hauptprozeß noch, die jenen Saal jetzt, waren die Richter des Staatsgerichtshofes angetreten. In jedem Laude wurde je einer angeklagt. Der Festeite mußte den Dürftigen hochsehen. Bei, das ging schnell. Und wie sie jammernten, die Leidspeiner. „Denken Sie an meine Frau und meine Kinder“, betetele einer. „Doch Ihr damals an die unfirigen gedacht?“ „Ich will mich ja gern Ihnen zur Verfügung stellen“, hatte ein anderer. „Kennen wir zur Genüge seit 1918. Haben daraus gelernt.“ Die Reihe war bald zu Ende. Die Sonne sandte ihre letzten Strahlen. Nur matt fiel das Licht durch die buntenglühenden Fensterleihen. „Alles muß gelernt sein“, hörte er eine Stimme donnern, „auch das Gefühl, sich selbst vernichtet zu haben.“ „Alles follet Gehört“, antwortete ein Zuschauer, als der diese Festschrift für Substrakte einen bürren Juristen aus Leipzig hochtrug.

Zum ersten Male hatte der Gefangene das Gefühl des Friedens in seinem Herzen. Zum ersten Male beglückungsfroh die Stunde, die ihm das Licht der Welt erblenden befall. Denn jetzt konnte er seinem Kinde lügen: „Auch ich war ein Schmelzer der Zukunft“, den Fichte in den nächsten wettbewerben wertvollsten Mensch. „Du lehen kannst als Mensch unter Menschen.“

Da präbte der Ton der Gefängnisglocke an sein Ohr. Er schreute auf. Ein trüber Morgen war angebrochen. Der Aufseher raffelte mit dem riesigen Schlüsselbund und brüllte: „Aufstehen!“

Der Gefangene dachte leider nur geträumt!

J. M.

## An alle Arbeiter-Zellen und Arbeiter-Organisationen!

Bis jetzt existiert in Deutschland außer dem Kommunistischen „Ioo-Bund“ nur eine Organisation der Arbeiter-Zellen, das ist der Arbeiter-Ioo-Bund. Dieser vereinigt alle Zellen, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, ohne Unterschied der Parteugehörigkeit und lehnt eine Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Zellen ab.

Nun aber wollen einige Arbeiter-Zellen eine Organisation aufrichten, welche nach ihrem Programm für die Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Zellen in ihrer neutralen Organisation eintritt. Wir erwidern in der Zusammenarbeit mit diesen eine Ableitung von dem wahren Zweck der Arbeiter-Zellen. Das Ziel, welches wir die Zielsetzung nicht das Ziel, sondern ein Mittel des proletarischen Kampfes. Aus diesem Grunde ist auch unsere Bewegung den Interessen und Charakter der proletarischen Bewegung angepaßt. Wir haben nicht nur eine eigene Zeitung, sondern auch ein eigenes Lehrbuch für Arbeiter, das in der ganzen proletarischen Literatur hervorsticht. Wir sind bestrebt, den Arbeiter, die von proletarischen Lehren geleitet werden. Wir wollen die Arbeiter nicht nur in Ioo unterrichten, sondern ihnen auch zeigen, wie sie Ioo als Mittel des Klassenkampfes anzuwenden haben.

Mit Grund dieses Programms kann es zwischen uns und einer „neutralen Ioo-Bewegung“ keine Parteigemeinschaft geben, denn letzteres bedeutet den Verzicht auf unser Programm und auf die Kampfgemeinschaft mit den anderen Arbeiterorganisationen, die auf dem gleichen Standpunkt stehen.

Wir erwarten von den Genossen, daß sie in dieser Zeit, wo der enge Zusammenhüll für das Proletariat eine Existenzfrage ist, von einer Spaltung der Arbeiter-Ioo-Bewegung in Deutschland Abstand nehmen.

Jeder Arbeiter-Zelle istliche sich dem Arbeiter-Ioo-Bund an und werde so aktiver Mitkämpfer der proletarischen Sache! Von allen Arbeiterorganisationen erwarten wir, daß sie in dieser Sache an unserer Seite stehen und die aufgeschichteten Bestrebungen als der Arbeiterbewegung schädlich zurückweisen.

## Der Rote Stern

Ein utopischer Roman von H. Sogdanow

Aus dem Russischen überträgt von H. J. M. erschienen im Verlag der Jugendinternationale, Berlin-Schöneberg (Nachdruck verboten).

„Was Sie da sagen, ist unklar und unrichtig. Jeder Arbeiter ist ein schöpferischer Mensch, aber in jedem Arbeiter schläft die ganze Menschheit und die Natur. Bekan denn Mann nicht alle Verträge, den besten der Geschichte, und auch die seiner Zeitgenossen, benutzt er nicht bei jedem Schritt seiner Arbeit diese Verträge? Gab ihm die Natur nicht alle Elemente, alle von ihr hervorgebrachten Kombinationen? Hat nicht gerade der Kampf des Menschen gegen die Natur den lebendigen Anstoß zu neuen Kombinationen gegeben? Der Mensch ist persönlich, — aber kein Werk ist unpersönlich. Der Mensch ist früher oder später, — das Werk jedoch bleibt im unermesslich sich entwickelnden Leben bestehen. Hierin gleichen sich alle Arbeiter, der Unterschied besteht nur darin, was von ihrem Schaffen sie überlebt, was im Leben weiterlebt.“

„So, aber zum Beispiel, der Name eines Menschen wie Mann ist nicht zusammen mit ihm, sondern lebt weiter in der Erinnerung der Menschheit, während unzählige andere Namen völlig verschwinden.“

„Der Name eines jeden wird so lange vor dem Vergessen bewahrt, wie jene leben, die zusammen mit ihm lebten und ihn kannten. Die Menschheit bedarf keineswegs der toten Symbole der Persönlichkeit, wenn diese nicht mehr ist. Unsere Menschheit und unsere Kunst bedarf auf unpersönliche Art das, was von der allgemeinen Arbeit geschaffen wurde. Der Balken vergangener Namen ist nutzlos für das Gedächtnis der Menschheit.“

„Sie haben recht, aber das Gefühl unserer Welt lehnt sich gegen die Welt auf. Für uns sind die Namen der Meister des Bewusstseins und der Werte lebendige Symbole, ohne die weder unsere Leben zu bestehen vermöchten. Am Kampf der Gewalt gegen die Welt bedeutet der auf den Namen lebende Name häufig mehr, als die angegebene Gewalt. Und der Name des Genies ist wahrlich kein Werk für unser Gedächtnis.“

„Dies kommt daher, weil für Euch das einzige Werk der Menschheit noch nicht das einzige Werk ist; in den durch den Kampf der Menschen hervorgebrachten Millionen wird das Werk scheinbar jetzt, erscheint Euch als Werk einzelner Menschen und nicht der Menschheit. Auch mir fiel es schwer, mich an Eure Auffassung zu gewöhnen, als ich nach Ihnen ludie.“

„Nun, möge dies auch oder nicht sein, bei Ihnen gibt es also keine Unklarheiten, bei Ihnen ist alles einig, bei Ihnen sind alle der ersten von jenen, die „die Welt und Arbeit leisten“, nicht wahr?“

„Im allgemeinen ja. Wenn möchte die Genossen aus vielen Tausenden heraus, die den Wunsch bestgen, mit ihm zu leben.“

„Der größte und fruchtigste von allen dürfte wohl Stern sein?“

„Ja, wenn Sie hartnäckig darauf bestehen wollen, die Leute zu meinen und zu vergleichen. Stern ist ein hervorragender Gelehrter, namentlich von ganz anderer Art, als Mann. Er ist Wahrheitsliebender. Er war es auch, der eine ganze Anzahl seiner Berechnungsfehler entdeckte, denen zufolge alle vorherigen Expeditionen nach der Erde mißglückten, er bewies, daß selbst wenige dieser Fehler genügen, um den Untergang der Menschen und des Wertes herbeizuführen. Er fand neue Berechnungsmethoden, und von dieser Zeit an sind die Berechnungen fehlerlos.“

„So stellte ich ihm mir nach Mann's Worten und meinem ersten Eindruck vor. Trotzdem, es ist mir selbst unbegreiflich, erweckt kein Anblick in mir irgendein unbehagliches Gefühl, eine unbegründete Unruhe, eine Art sinnlose Apathie. Können Sie mir, Doktor, dafür eine Erklärung geben?“

„Sehen Sie, Stern hat einen starken, aber reinen, vor allem: vollkommenen Verstand. Er vergleicht sich auf unvollständige, folgerichtige Art, seine Schätze jedoch nicht einseitig, bisweilen außerordentlich streng, denn die Analyse der einzelnen Teile ergibt nicht das Ganze, sondern weniger, als das Ganze. Sie wissen, daß überall, wo Leben besteht, das Ganze größer ist, als seine einzelnen Teile, und so ist denn auch der lebendige menschliche Körper größer, als bestehen einzelne Glieder. Die Folge dieser Charakteristika besteht darin, daß Stern sich weit weniger als andere, die Stimmung und die Gedanken anderer Leute zu verstehen vermag. Er wird Ihnen stets gerne bei jenen Dingen behilflich sein, die Sie ihm selbst klarmachen, niemals aber wird er erlauben, was Sie glauben. Dies hängt natürlich auch damit zusammen, daß seine Aufmerksamkeit fast immer völlig von seiner Arbeit in Anspruch genommen wird, sein Kopf ist von irgendeiner eigenen Arbeit erfüllt ist. Darin unterscheidet er sich von Mann in folgendem Maße: dieser sieht immer alle zuzugang, und mehr als einmal erklärte er mir, wonach ich selbst leude.“

„Wenn die Dinge so beschaffen sind, so muß Stern uns wiederbeibringen, fehlerhaften Erdennmenschen gegenüber doch Behilflichkeit empfinden.“

„Feindseligkeit! Nein, dieses Gefühl ist ihm fremd. Aber ich glaube: harten Egoismus. Er verbrachte ein halbes Jahr in Frankreich und telegraphierte an Mann: „Hier hat es keinen Sinn, in Ihre Arbeit zu helfen, er zum Teil, aber nicht ganz. Ich werde mit ihm war, fand keinen entsprechenden Menschen. Aber jene Charakteristik der Leute jenes Landes war bei weitem strenger, als jene Ihres, und selbstverständlich auch viel einseitiger, wenn gleich sie nichts tatsächlich Unwahres enthielt.“

„Wer ist dieser Mann, von dem Sie sprechen? Ich entinne mich seiner nicht.“

„Ein Chemiker, Manns Gehilfe: er gehört nicht zu den Vänschen, ist auf unvollständige Weise. Mit ihm werden Sie sich leicht verständigen können, und dies wird für Sie sehr nützlich sein. Er besitzt einen weichen Charakter und viel Verständnis für eine fremde Seele, obgleich er nicht, wie Mann, Philosophie ist. Suchen Sie ihn im Laboratorium auf; er wird sich darüber freuen und Ihnen allerlei Interessantes sagen.“

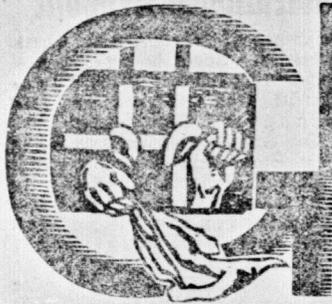
„In diesem Augenblick fiel mir ein, daß mir von dem Erde kein Wort mehr gesagt, und es verlor sich, wie zum Beispiel, unter dem Wir begaben uns zusammen in einen der mit großen Feinstern versehenen Seitenläde.“

„Morden wir uns nicht dem Mond nähern?“, erkundigte ich mich im Gehen.

„Nein, der Mond bleibt weit abwärts liegen, und dies ist recht schade. Auch ich läße den Mond gerne aus der Nähe. Von der Erde aus erdigen er mir so fesseln. Groß, fast, langsam, röhrenhaft wird er nicht im geringsten unruhig, er ist ruhig, wie ein Stein, die so eilig am Himmel durchzittern, und ihre Geschichten so rasch verändern wie lebhaft launliche Kinder. Auch Eure Sonne ist bei weitem leuchtender, darin ließ sie glücklicher als wir. Eure Welt ist doppelt so hell, deshalb bedürft Ihr auch nicht derartiger Augen, wie wir, braucht nicht die großen Pupillen, um das schwache Licht unserer Tage und unserer Nächte aufzufangen.“

Wir lehten uns aus Fenster. „In der Fernst glänzte die Erde wie eine unruhige, aber doch ein wenig lebendiger Welt. Die Welt der nordöstlichen Hemisphäre als dunkle Flecke erkennbar waren; auch ein Teil des Stillen Ozeans war sichtbar, und ein heller Fleck, das nördliche Eismeer. Der ganze Atlantische Ozean und die alte Welt verlornten in Nacht, konnten am verkommenen Rand der Erde nicht erraten werden, denn der unklare Teil der Erde, verbergte sich hinter die Berge der Erde. Die Erde war nicht, was Sie betraute die Drehung der Erde um ihre Achse, verursachten dies veränderte Bild.“

(Fortsetzung folgt.)



# VOLKSGATHA

Sie leiden für Dich, sie sterben für Dich,  
Ihre Frauen und Kinder darben für Dich,  
Aus Kerker und Qual schreit das Gebot:  
Klassengenosse, „Rote Hilfe“ tut not!

1. Jahrgang

Sonnabend, den 25. Oktober

Nr. 5

## Bringt den politischen Gefangenen Hilfe!

(Nchl.) Wenn wir wirklich Ksh.-Arbeit leisten wollen, dann dürfen wir uns nicht nur bemühen, die Angehörigen der Gefangenen zu unterstützen. Wir müssen auch für die Freilassung der politischen Gefangenen kämpfen. In unzähligen der Ksh. zugegangenen Briefen von gefangenen Proletariern taucht immer wieder die Frage auf: „Wie steht es mit der Amnestie?“

Der vor wenigen Tagen gestorbene Reichstag hat die Amnestierung der politischen Gefangenen abgelehnt. In einigen Wochen darf das Volk einen neuen Reichstag wählen. Die Parteien, die die Amnestie abgelehnt haben, werden wieder um die Gunst der Wähler buhlen. In unzähligen Wählerversammlungen, in Zeitungen und Flugblättern werden neue Versprechungen gegeben, um sie bei der nächsten Gelegenheit zu brechen, wenn die breiten Massen nicht selbst hinter ihren Forderungen her sind. Die Freunde der Ksh., die durch ihre Mittelschicht bewiesen haben, daß sie gegen die Klass-njustiz kämpfen wollen, haben die Aufgabe, die kommende Wahlkampagne zu benutzen für einen intensiven Kampf für die Amnestie. In allen Versammlungen müssen die Ksh.-Freunde auftreten und für die 7000 Gefangenen und deren Freilassung sprechen. Nur so wird es gelingen, die breiten Massen in Bewegung zu bringen, um Kampf für eine Generalamnestie der politischen Gefangenen.

Der neue Reichstag wird sich nur dann zu einer Amnestie bequemen, wenn die Ksh. versteht, bis zu seinem Zusammentritt Millionen der werktätigen Bevölkerung in Bewegung zu bringen für den einen Ruf, für die eine Forderung:

„Heraus mit den politischen Gefangenen!“

Die Ksh. hat aber noch ein weiteres Aufgabengebiet. Die in den republikanischen Gefängnissen schmachtenden politischen Gefangenen werden nicht nur auf das schrecklichste gequält und mißhandelt, sie haben auch jede Verbindung mit der Außenwelt, mit ihren ehemaligen Kampfesgenossen verloren und leiden ganz besonders darunter. Kein Wunder, wenn sie unter der Folter des Strafvollzugs zusammenbrechen, und anfangen, an ihren Klassengenossen zu verzweifeln. Dieser Stimmung muß entgegen gearbeitet werden. Die Freunde der Ksh., vor allem die Ortskomitees der Ksh., müssen sofort die Verbindung mit den Gefangenen ihres Ortes aufnehmen. Direkt, wo es möglich ist; indirekt, durch Vermittlung der Angehörigen der Gefangenen, wo die Strafanstaltsverwaltungen Schwierigkeiten machen. Die Antwortschreiben der Gefangenen mit propagandistischem Wert müssen der Arbeiterpresse zur Verfügung gestellt werden. Geschicht dies in ausreichendem Maße in der nächsten Zeit, dann können

### Zuchthausballade

1. Aller hundert Jahre erhebt sich ein Sturm  
Und donnert über das Land,  
Zerbricht der Knechtschaft erbärmlichen Turm  
Mit seiner gewaltigen Hand  
Und rüttelt und schüttelt den Sand.
2. In Deutschland aber steht immer noch fest  
Des Zuchthaus's greuliche Gruft,  
Und speit seine menschenfressende Pest  
Hinein in den Blütdunst  
Und verpestet mit Schreden die Luft.
3. Die Mühle des Weissen Gerichts,  
Nicht tödlich in grausamer Ruh,  
Verhängt die ewige Kette des Lichts  
Und deckt uns mit Ketten zu.  
Die Opfer sind ich und Du.
4. Sie sitzen mit ihrer verfinsterten Stirn  
Ueber mich und Dich zu Gericht,  
Ihr Urteil ist Raube, und ihr Gehirn  
Ist herzlos, zittert nicht,  
Und wenn der Hentler die Opfer zubricht.
5. Eintausend Jahre für unsere Schuld  
Wir alle sind schuld, daß Du's weißt  
An unserer hündischen Knechtgeduld,  
Und daß die Kette nicht reißt,  
Und daß man ins Zuchthaus uns schmeißt.
6. Die Zuchthausluppe schmeckt bitter wie Blut,  
Wir tragen das Joch und Geschid,  
Und legen im Traume, wir träumen gut,  
Am den Hals der Richter den Strid,  
An das feste, fette Genid.
7. Und was der Sträfling im Zuchthaus erschaut,  
Das brennt in die Seele hinein,  
Und ist mit heiligen Tränen betaut,  
Und läßt nichts anderes ein,  
Und ist berausend wie Wein.
8. Aller hundert Jahre erhebt sich ein Sturm,  
Ihr Richter, hört Ihr denn nicht,  
Wie er den elenden Zuchthaussturm  
Und die alten Gesetze zerbricht? —  
Dann richten wir Euch im Gericht!

Millionen der werktätigen Bevölkerung in Bewegung gebracht werden für die Forderung nach der Amnestie, und unsere gefangenen Brüder und Schwestern werden wieder neuen Mut gewinnen.

Es gibt noch eine weitere Möglichkeit, von außen das Los der Gefangenen erleichtern zu helfen. Aus dem Jahre 1919 bestehen noch zwei Verfügungen des Justizministeriums, die die Bildung örtlicher Gefangenenbeiräte vorsehen. Hier gibt es einen Weg für die Ksh., mit den Gefangenen in Verbindung zu kommen, und auf Einstellung der schlimmsten Mißhandlungen zu dringen. Diese Möglichkeit wurde bis jetzt vollständig vernachlässigt. Nichts hindert uns, das Veräufte sofort nachzuholen. Die Ortskomitees müssen darauf dringen, daß überall Gefangenenbeiräte geschaffen werden. Die Wahl der Gefangenenbeiräte erfolgt für die einzelnen Strafanstalten durch die zuständigen Gemeinde- oder Kreisparlamente. Die vollzogene Wahl der Gefangenenbeiräte ist den Bezirkskomitees zu melden. Damit dieses sich mit dem betreffenden Gefangenenbeirat in Verbindung setzen kann, wenn Beschwerden und Hilferufe aus den Gefängnissen von den politischen Gefangenen bei der Ksh. einlaufen.

Um unseren Freunden mit authentischem Material zu dienen, bringen wir im Nachfolgenden die Verfügungen des Justizministeriums aus dem Jahre 1919 zum Abdruck.  
**Allgemeine Verfügung vom 22. Febr. 1919 über die Bildung örtlicher Beiräte bei den größeren Strafanstalten.**

Dem berechtigten Interesse der Bevölkerung entspricht es, ihrer auch auf diesem Gebiete der Strafrechtspflege Gelegenheit zu mitwirkender Betätigung zu bieten. Ich bestimme deshalb, daß bei den größeren Strafanstalten örtliche Beiräte zu bilden sind, die als ehrenamtliche, neben den staatlichen Verwaltungsorganen bestehende Ausschüsse an der Ueberwachung des Strafvollzugs beteiligt sein sollen. Die Einrichtung kommt hauptsächlich für die selbstständig verwalteten Zuchthäuser und Gefängnisse in Betracht, soweit sie nicht überwiegend zur Aufnahme von Untersuchungsgefangenen dienen. Die Beiräte sollen je nach der Größe und Bedeutung der Anstalt aus 3 bis 5, ausnahmsweise auch mehr Mitgliedern bestehen, um deren Wahl die kommunalen Selbstverwaltungskörper ersucht werden. Es ist erwünscht, daß hierbei insbesondere auf die Heranziehung solcher Personen Bedacht genommen wird, bei denen nach ihrer beruflichen, ehrenamtlichen oder sonstigen Tätigkeit, wie z. B. bei Ärzten, Geistlichen, Lehrern, Armenpflegern, Mitgliedern von Wohlfahrts- oder Fürsorgeeinrichtungen u. dergl. teilnehmendes Verständnis für den Strafvollzug und die Gefangenenfürsorge vorausgesetzt werden

**Denn. Für Anstalten mit ausschließlich weiblicher Belegung oder besonderen Abteilungen für weibliche Gefangene kommen namentlich auch Frauen als Beiratsmitglieder in Frage.**

Die Beiräte, deren Mitglieder mittels Handschlags auf Verschwiegenheit über die ihnen aus ihrer Tätigkeit bekannt werdenden Namen und Verhältnisse der einzelnen Gefangenen zu verpflichten sind, sollen befugt sein, die Anstalt zu besichtigen, von allen Einrichtungen der Anstalt Kenntnis zu nehmen und sich von der angemessenen Unterbringung, Beschäftigung und Verpflegung, sowie von der vorschriftsmäßigen Behandlung der Gefangenen überhaupt zu überzeugen. Sie dürfen zu diesem Zweck die Strafgefängnisse in den Hofräumen aufsuchen, mit ihnen sprechen und Einsicht in die Akten nehmen; auch sind sie berechtigt, alles was ihre Aufmerksamkeit erregt, insbesondere die ihnen auffallenden Mängel, bei dem Strafanstaltsvorsteher oder bei den Aufsichtsbehörden zur Sprache zu bringen. Auf Verlangen ist ihnen über die An gelegenheiten der Verwaltung Auskunft zu geben. Auch sonst haben sie sich die Strafanstaltsvorsteher aneignen sein zu lassen, die Beiräte in jeder Hinsicht zu unterstützen. Bei beiderseitigem verständnisvollem Zusammenwirken ist von der Tätigkeit der Beiräte eine nicht zu unterschätzende praktische Förderung der Strafvollzugsziele zu erwarten. Die Einrichtung wird überdies zur Klärung und Befestigung mancher unrichtigen Vorstellungen und Vorurteile in bezug auf die Handhabung des Strafvollzuges beitragen und das Vertrauen der Öffentlichkeit zur Strafanstaltsverwaltung stärken.

Die Bildung der Beiräte soll unmittelbar nach der bevorstehenden Umgestaltung der kommunalen Selbstverwaltungskörper in Angriff genommen werden. In Stadtkreisen kommen für die Wahl der Mitglieder regelmäßig die örtlichen Ge-

## Klassenjustiz der „demokratischen Republik“

Viele tausend Arbeiter wurden von den Klassenrichtern der Obersten Republik hinter Kerkermauern geworfen. Allein in der Zeit vom Anfang Juni bis Mitte September 1924 wurden 1750 revolutionäre Arbeiter verurteilt. Sie erhielten 1180 Jahre Zuchthaus und Gefängnis. Dazu kommen noch die ungeheuerlichen Geldstrafen. Der Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik ist in Wirklichkeit ein Stand- und Ausnahmegericht gegen die Revolutionäre. Seit Ende Mai hat dieses Gericht in 15 Hochverratsprozessen nicht weniger als 55 Revolutionäre zu den fürchterlichen Strafen von 266 Jahren und 2 Monaten Zuchthaus und rund 35 000 Mark Geldstrafe verurteilt.

Noch ist aber kein Ende abzusehen. Jeden Tag werden neue Schandurteile gefällt. So wurden von dem Düsseldorf Gericht eine Reihe Proletarier zu insgesamt 21 Jahren 4 Monaten Gefängnis verurteilt, weil sie im Januar 1924 an dem Generalkstreit mitgewirkt haben, der den Achtsundentag sichern sollte. Bei einer Demonstration der Streikenden trat ihnen der Direktor eines Werkes, bewaffnet mit einer 15 Pfund schweren Eisenkugel entgegen. Da sich die Arbeiter nicht wehrlos niederschlagen ließen, wurden sie ins Gefängnis geworfen.

Der Kommunist Otto Beyer wurde vom Staatsgerichtshof wegen Weiterführung der verbotenen kommunistischen Partei zu 1 Jahr Gefängnis und 200 Mark Geldstrafe verurteilt.

In Münster wurde durch die Faschisten ein Sprengstoffattentat auf den sozialdemokratischen „Volkswillen“ durchgeführt. Die Attentäter wurden zu der gesetzlichen Mindeststrafe zu je 5 Jahre Zuchthaus verurteilt. Das Gericht erklärte aber ausdrücklich, daß es ein Gnadengesuch für die Verurteilten einreichen und befürworten werde. Die Arbeiterchaft kann daraus wieder ersehen, was es mit der sogenannten Unparteilichkeit der Gerichte auf sich hat. Revolutionäre Arbeiter, bei denen eine kleine Sprengkapsel gefunden wird, müssen auf Jahre ins Zuchthaus. Faschisten, die ganze Gebäude in die Luft sprengen und Menschen umbringen, werden begnadigt.

Die ganze reaktionäre Presse Deutschlands versuchte in der letzten Zeit der verlegenen Behauptungen über die russischen Korrekptionsanstalten zu verbreiten. Ueber die tatsächlichen Mißhandlungen in den deutschen Gefängnissen schreiben sie aber kein Wort.

So wird uns berichtet, daß die Befandlung der Gefangenen im Hirschberger Gefängnis in Schlesien jeder Beschreibung spottet. Man schamiert die Gefangenen, gibt ihnen nichts zu essen und treibt es so weit, daß zwei von ihnen, die parteilosen Arbeiter, Loffe und Springer, irrsinnig wurden. Loffe schmierte sich, nach Angabem der Wärter, den eigenen Kot aufs Brot. Die Angehörigen des Gefangenen bezogen selbst, daß man aus diesem Lebensfrischen 23jährigen kräftigen jungen Mann eine vollständige körperliche und geistige Ruine gemacht hat. Trotzdem weigerte sich die Gefängnisverwaltung hartnäckig, Loffe ins Lazarett zu geben. Man sperrte ihn vielmehr in einen Käfig ein und gab ihm nur alle drei Tage warmes Essen, 6 Wochen lang. Und als er endlich abtransportiert wurde, kam er nicht etwa ins Krankenhaus, sondern in die Trennabteilung des Kloischauer Gefängnisses. Dort setzte man die Torturen fort. Der Fraß, den man ihm gab, war derartig schlecht und ungenügend, daß der Gefangene Kartoffelschalen essen mußte. Nachdem der Mann vollständig zugrunde gerichtet war, wurde er nach 4 1/2 Monaten Gefängnis — welche Gnade! — begnadigt und nach dem Krankenhaus überführt.

Ueber seinen Leidensgenossen Springer ist nichts zu erfahren. Niemand weiß, wohin er transportiert wurde.

In der Strafanstalt Kassel-Wehlde wurde der politische Gefangene Karl Kausch kürzlich beim Spazierengehen auf dem Gefängnishofe von dem Oberwachmeister Generes aus brutalste geschlagen und getreten. Damit das Maß voll wurde, schleppte man ihn in die Arrestzelle des Kellers, wo die Mißhandlungen fortgesetzt wurden, bis er bewußtlos liegen blieb. Von den politischen Gefangenen wird uns dazu mitgeteilt, daß dieser Generes der brutalste Sockel ist, den Kassel-Wehlde aufzuweisen hat. Dabei läuft er dauernd mit dem Gebetbuche in der Hand herum.

Ein weiteres Exemplar ist der Aufseher „Stenidel“. Menschenleben, noch dazu, wenn es das eines hungerigen Proleten ist, stehen bei ihm in sehr niedrigem Kurs. Kürzlich erschloß dieser Held ein junges Mädchen, das er beim Beerensammeln im Garten angetroffen hatte. Der Mörder dieses Mädchens geht heute noch frei umher. Der dritte in diesem würdigen Alceklatt ist der Direktor Ebel. Alle Vergünstigungen der politischen Gefangenen wurden von ihm abgeschafft. Das Lesen kommunistischer Zeitungen hat er verboten.

Ein anderes schreckliches Bild der Mißhandlung der Gefangenen, ergibt sich aus einem Brief, der uns zugegangen ist. Wir bringen davon das Bemerkenswerteste zum Abdruck:

„Ich war in der Strafanstalt Spandau in Gemeinschaft von 25 bis 40 Kollegen. Am 11. Juli kam ich mit dem Kollegen A. aus Jossen in den „Keller“. Am nächsten Tage wurde der Mitgefängene M. K. von dem Hauptwachmeister Stahlberg und dem Beamten

## „Rote Hilfe“ ist revolutionäre Pflicht

Denkt an die eingekerkerten Klassengenossen!

meinevertretungen in Frage; für solche Anstalten, die in kleineren Städten oder in Landgemeinden gelegen sind, empfiehlt es sich, den Kommunalverband des Kreises um die Wahl zu ersuchen, wo besondere örtliche Verhältnisse oder die Art der Belegung der Anstalt es zweckmäßig erscheinen lassen, kann auch in Frage kommen wegen der Wahl des Beirats mit dem Kommunalverbande der Provinz ins Benehmen zu treten. Seitens der Oberlandesgerichtspräsidenten und Oberstaatsanwälte ist bis zum 1. Mai des Jahres zu berichten, bei welchen Strafanstalten Beiräte zu bilden, wieviel Mitglieder in die einzelnen Beiräte zu berufen und welche Körperschaften um die Wahl der Mitglieder zu ersuchen sein werden.

Berlin, den 22. Februar 1919.

Der stellvertretende Justizminister.  
Dr. Heinemann.

Allgemeine Verfügung vom 19. Juni 1919 über die Bildung örtlicher Beiräte bei den größeren Strafanstalten.

Zur Ergänzung der allgemeinen Verfügung vom 22. Februar d. J. bestimme ich:

1. Zu den Personen, deren Beteiligung an den Beiräten erwünscht ist, gehören auch Arbeitervertreter.
2. Es empfiehlt sich, möglichst an allen Beiräten Frauen zu beteiligen mit der Maßgabe, daß ihr Wirkungskreis in den Männeranstalten oder -abteilungen auf die Hauswirtschaft oder geeignete Zweige des Arbeitsbetriebs beschränkt bleibt.
3. Örtliche Beiräte sind auch bei solchen größeren Anstalten zu bilden, welche ganz oder teilweise zur Aufnahme von Untersuchungsgefangenen dienen. Der persönliche Verkehr von Mitgliedern des Beirats mit Untersuchungsgefangenen und die Einsicht in ihre Personalakten ist davon abhängig, daß der Gefangene einen entsprechenden Wunsch äußert und der zuständige Richter die Genehmigung erteilt.
4. Die Oberlandesgerichtspräsidenten und Oberstaatsanwälte haben bis zum 15. Juli d. J. zu berichten, welche Anstalten infolge der Einbeziehung der Untersuchungsgefangenen für die Bildung von Beiräten weiter in Frage kommen, wie viel Mitglieder in die Beiräte zu berufen und welche Körperschaften um die Wahl der Mitglieder zu ersuchen sein werden. Es bedarf nimmer einer besonderen Begründung, wenn für Anstalten mit einer Gesamtbelegungsfähigkeit von mindestens 100 Köpfen ein Beirat nicht gebildet werden soll.

Berlin, den 19. Juni 1919.

Der Justizminister.  
Dr. am Ze h n h o f f.

Weber ebenfalls in die Arrestzelle gebracht mit den Worten: „Du Schwein, Dir werden wir schon helfen!“ Weber trat dann den Gefangenen mit voller Wucht in den Rücken, so daß R. die Treppe hinunterstürzte. L. und ich standen gedeckt in einer Ecke und beobachteten den ganzen Vorfall und hörten nachher vom Keller ein jämmerliches Schreien. Am Sonnabend, 21. April, wurde wiederum ein Gefangener der 10. Abteilung durch Schläge und Fußtritte in den Keller gebracht. Ich lag in der 12. Abteilung. Da es Türen mit Glascheiben sind, haben wir die unmenschliche Behandlung auch dieses Gefangenen beobachtet.

Die Strafvollzugsbehörden in Deutschland machen die Gefangenen auch noch zu Sklaven für die kapitalistischen Unternehmer. Im „Berliner Tageblatt“ war folgendes Inserat zu lesen:

#### 200 Strafgefangene

können zu Arbeiten innerhalb der Anstalt an Unternehmer vergeben werden, und zwar 80 für Arbeiten in der Zelle, 120 für Arbeiten in größeren Räumen.

#### Strafanstalt Naugard.

Freunde der „Roten Hilfe“, es sind eure Gewerkschafts- und Betriebskollegen, die hinter Kerkermauern getreten, mißhandelt und an Kapitalisten verkauft werden. Kämpft für deren Freilassung.

Heraus mit den politischen Gefangenen!  
Her mit der Amnestie!

## Die Winterbeihilfe der „Roten Hilfe“!

Der Ruf der „R. H.“ nach der Solidarität der Werttätigen mit den Opfern des Weissen Schreckens und der Klassenjustiz findet immer mehr Gehör bei den Klassengenossen der politischen Gefangenen. Der Hilferuf der 7000 verhallt nicht mehr ungehört. Immer mehr und immer schneller reagieren die Arbeiter. Sie beginnen das Letzte, was sie haben, zu teilen mit ihren gefangenen Arbeitskollegen, mit deren Frauen und Kindern.

Der kalte Winter mit all seinen Schrecken für die Proletarier steht vor der Tür. Das Geipen des Hungers und der Kälte laftet auf der Arbeiterschaft. Am trostlosesten ist aber die Aussicht für die Familien, deren Ernährer hinter Kerkermauern sitzen.

Die „R. H.“ hat deshalb beschlossen, in ganz Deutschland eine Sammelaktion für Kohlen, Kartoffeln und sonstige Lebensmittel durchzuführen. Am 26. September hat das Bezirkskomitee zu dieser Sammlung aufgerufen und schon wenige Tage später konnte das Bezirkskomitee auf Grund der eingelaufenen Meldungen beschließen, daß jede in die Unterstützungsliste eingetragene Frau 3 Zentner und jedes Kind einen Zentner Kartoffeln erhält.

Wülberg und Bruckdorf machten den Anfang mit 3 und 30 Ztr. Kartoffeln, 16 Weiztrocken, Mehl, Hülsenfrüchten, Wurst usw. Schteubitz und Wallhausen folgten einige Tage später mit 20 und 30 Zentner Kartoffeln. Außerdem sammelten die Genossen in Schteubitz 42 Paar neue Kinderstrümpfe und 8 Paar neue Kinderschuhe. Aus einer Reihe anderer Orte liegen ebenfalls schon Meldungen vor, daß erfolgreiche Sammlungen in Angriff genommen sind. Die breiten Massen der werttätigen Bevölkerung beweisen damit, daß sie bereit sind, zu geben, wenn wir nur verstehen, die Sammlungen zu organisieren. Aus allen Teilen Deutschlands liegen schon ähnliche Ergebnisse vor. So haben z. B. die Landarbeiter von Sommerda in Thüringen allein 8 große Sack Kartoffeln gespendet.

Die Sammlungen müssen aber beschleunigt werden. Alle Schutzbegehren der „R. H.“ müssen genügend Kartoffeln im Keller haben, bevor der Frost eintritt. Mit der Verteilung der Kartoffeln ist bereits begonnen worden. Alle hallischen Familien haben ihr Quantum schon erhalten. Die Freude der Frauen über die tatkräftige Unterstützung war groß. Eine Winterfuge sind sie dadurch losgeworden. Aber nicht nur die Frauen, sondern auch ihre gefangenen Männer atmen erleichtert auf, wenn sie sehen, wie die „R. H.“ für die Familien sorgt. Das kommt auch zum Ausdruck aus den uns zugehenden Briefen.

Wir bringen im nachfolgenden zwei solcher Briefe zum Abdruck. Der erste ist von der Frau M. E., deren Mann im Zuchthaus sitzt, an das Bezirkskomitee gerichtet. Der zweite ist die Antwort ihres Mannes auf ihre Mitteilung über den Empfang der Gaben der „R. H.“:

Halle, den 13. Oktober 1924.

An das Bezirkskomitee der „Roten Hilfe“.

M. G.! Den Freunden der „R. H.“ von Bruckdorf, die als erste mit der Sammlung von Lebensmitteln für die Angehörigen der politischen Gefangenen begonnen haben, bitte ich meinen herzlichsten Dank zu übermitteln. Es kam gerade zur rechten Zeit. Denn daß es an allem fehlt, merken ja schon die Familien zur Genüge, wo der Ernährer da ist. Um so schlimmer ist es, wenn einem der Ernährer durch die Klassenjustiz entzogen.

Liebe Genossen! Ihr könnt Euch gar nicht denken, wie Ihr durch eure Hilfe uns das schwere Los ertragen helft. Wie wird sich

erst unser Vater freuen, wenn er erfährt, daß wir nicht allein und verlassen dastehen. Ich werde ihm so schnell als möglich Mitteilung machen. Indem ich hoffe, daß unser Kampf bald zum Siege führt, zeichne ich

Mit kommunistischen Gruß!  
Frau Maria E.

S . . . . ., den 25. Oktober 1924.

Liebe Marie und Kinder!

Dein Brief hat mir große Freude und Zuversicht bereitet. Es ist ja nun gut, daß unser Karischen wieder gesund ist. Ich hatte schon Angst.

Da Ihr nun von der „R. H.“ auch 6 Zentner Kartoffeln und Kleidungsstücke erhalten habt, könnt Ihr den Winter leichter überstehen. Ich habe es Dir ja schon immer gesagt, daß, wenn eure Not am größten, wird die „R. H.“ am nächsten sein. Wenn auch das Geld, was Du von der „R. H.“ bekommst, wenig ist, so mußt Du Dich aber mit den vielen tausend Frauen trösten, die in denselben Verhältnissen leben wie Du.

Liebe Marie! Dein Brief hat mich von großer Sorge befreit. tagtäglich machte ich mir Gedanken; der Winter kommt und Ihr habt keine Kohle und keine Kartoffeln im Keller. Der Gedanke hat mich fast verrückt gemacht; jetzt bin ich wieder frei. Weiß ich doch, daß die Genossen in der Freiheit uns nicht vergessen haben. Wenn Du diesen Brief erhalten hast, geht Du gleich zur „R. H.“ und sagst: wenn ich auch nicht an der Hilfe der Arbeitsbrüder gezweifelt habe, so beschäftigten sich doch meine Gedanken damit, wie meine Familie den Winter überstehen soll. Die „R. H.“ hat unsere Gedanken geahnt und hat durch ihre Tätigkeit uns eine große Freude bereitet. Möge die Justiz und die Reaktion noch so toben und mühen: den Gedanken der Solidarität können sie nicht töten. Bin ich auch zur Untätigkeit verurteilt, so werde ich, wenn ich wieder frei bin, mich revanchieren und wieder als Mitstreiter erscheinen.

Ich wollte Dir noch mehr schreiben, aber heute bin ich so froh über die Solidarität meiner Genossen und über das Gesundwerden unseres Kleinen, daß ich gar nichts mehr schreiben kann. Recht viele Grüße an Dich und die Kinder.

Dein Mann Willi.

Genossen, an die Arbeit! Schließt eure Sammlungen recht schnell ab, und bereitet Euch jetzt schon auf die große Weihnachtsammlung vor. Weihnachten, „Das Fest der Christen-Liebe“, muß von Euch zu einem Fest der proletarischen Solidarität gemacht werden. Wir wollen den Frauen und Kindern unserer gefangenen Brüder nicht nur das Notwendigste beschaffen, wir wollen ihnen auch zu „Weihnachten“ eine Freude bereiten.

Sammelt Lebensmittel, Kleidungsstücke, Spielsachen, Bücher und stellt sie dem Bezirkskomitee der „R. H.“ zur Verfügung!

## Die Bourgeoisie ist befriedigt

Die Juristen der deutschen Bourgeoisie sahen in Heidelberg und haben angestrengt darüber nachgedacht, was eigentlich „Recht“ sei. Schon zu Immanuel Kants Zeiten „suchten die Juristen nach dem wahren Begriff vom Recht“. Für die deutsche Bourgeoisie ist es genug, wenn „ihre“ Juristen viel über „Rechtsgefühl“ und „Rechtsbewußtsein“ schwärzen, in der Praxis jedoch sich über derartige „Gefühle“ hinwegsetzen und mit Hilfe der Paragraphen Todesurteile über Proletarier verhängen, deren Rechtsgefühl und Rechtsbewußtsein nicht mit dem der herrschenden Klasse im Einklang steht. Auf welche Art die Gefühle der „Juristen“ in Heidelberg zum Ausdruck kamen, lehrt dem Arbeiter folgendes:

Das Festessen.

Während sich die Herren in den Abteilungssitzungen eifrig Beratungen widmeten, vereinigten sich die Damen auf der herr-

An

das Bezirkskomitee der „Roten Hilfe“

Halle a. d. S.

Rechenfeldstraße 14

lich gelegenen Terrasse des Schloßhotels zu einem See. Man konnte hierbei zunächst mit Befriedigung feststellen, daß der Eifer der Herren an diesem ersten Beratunstage sehr groß gewesen zu sein scheint, denn es war ein ausgeprochener Damenree, bei denen die Herren beträchtlich in der Minderzahl waren. Ganz herrlich sah man da droben auf der sonnendurchfluteten Terrasse mit einem prächtigen Blick über die Stadt. Einen herrlichen musikalischen Genuß bot Frau Staatsanwalt Petters durch eine Reihe von Liedervorträgen. Für die Jugend gab es später noch ein Tänzchen, so daß die Damenwelt von diesem ersten Tagungsnachmittag sicher sehr befriedigt war.

(Aus der „D.A.Z.“ v. 13. September 24.)

Am selben Tage wurden in Leipzig vom Staatsgerichtshof elf Arbeiter zu

67 Jahren Zuchthaus und 10 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt.

Selbstverständlich war die deutsche Bourgeoisie befriedigt.

## Was leistet die „Rote Hilfe“?

Die Freunde der „R. H.“ stoßen bei Ihrer Tätigkeit sehr oft auf die Frage: „Was geschieht mit den für die „Rote Hilfe“ gesammelten Geldern?“

Die Antwort ergibt sich aus folgendem: In den Monaten Januar bis Mai 1924 hat die „R. H.“ Rechtsschutz gewährt:

- in 475 Fällen wegen Hochverrats,
- in 706 Fällen wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt,
- in 5692 Fällen wegen eines Vergehens und Verbrechens gegen die öffentliche Ordnung,
- in 104 Fällen wegen Beleidigung,
- in 179 Fällen wegen Körperverletzung,
- in 357 Fällen wegen Raub und Erpressung (Teuerungsunruhen),
- in 535 Fällen wegen Vergehens gegen das Verbot der R.P.D.,
- in 396 Fällen wegen eines Vergehens gegen das Republikstrafgesetz,
- in 244 Fällen wegen eines Vergehens gegen das Entwaffnungsgesetz,
- in 292 Fällen wegen Verbrechens gegen das Sprengstoffgesetz.

Und von Mai bis Ende August wurde bei noch weiteren 9000 Fällen die Verteidigung übernommen.

Vielen Tausenden von der Klassenjustiz verfolgten Proletariern wurden dadurch jahrelange Gefängnis- und Zuchthausstrafen erspart. Sie wurden ihren Frauen und Kindern erhalten durch das Eingreifen der „R. H.“. Dazu kommen noch die von der „R. H.“ jeden Monat bezahlten Unterstützungen in Höhe von 12 Mark für jede Frau, 6 Mark für jedes Kind, dessen Ernährer gefallen ist, und 5 Mark für den Gefangenen selbst.

Die „R. H.“ verausgabt an Unterstützungsgeldern im Monat durchschnittlich 110 000 Mark.

Genossen, merkt Euch diese Zahl und verwendet sie in der Agitation. Sie zeigen am besten die Notwendigkeit der „R. H.“-Arbeit.

## Die „Rote Hilfe“ konsolidiert sich

Allmählich gewinnt die „R. H.“ in ganz Deutschland an Boden. Die Bezirkskomitees fangen an zu arbeiten und in allen Orten und Betrieben werden Mitglieder gewonnen. Auch die Aufnahme der Verbindungen mit den Gefangenen beginnt zu funktionieren. Wird in allen Bezirken in den nächsten zwei Monaten mit der nötigen Umsicht systematische Arbeit geleistet, dann wird die „Rote Hilfe“ zu Beginn des neuen Jahres das sein, was sie sein muß:

die Massenorganisation der proletarischen Solidarität.

Die Einnahmen der „Roten Hilfe“ haben im Monat August wieder eine kleine Steigerung erfahren gegenüber dem Monat

## Beitrittserklärung zur Internationalen Roten Hilfe

Unterzeichnete..... erklärt hiermit den Beitritt zur „Roten Hilfe“

Für Mitgliedskarte und Beiträge liegen ..... Bfg. bei

Name .....

Wohnort, Straße und Hausnummer .....

Juli. Alle Bezirkskomitees haben zusammen 47 952,95 Mk. aufgebracht. Aber auch die Ausgaben für die Unterstützungen sind gestiegen. Um unseren Lesern eine Uebersicht zu geben über die gemaltigen Leistungen der „Roten Hilfe“ in Deutschland, bringen wir im Nachfolgenden den vom Zentralkomitee zusammengestellten Kasfenbericht sämtlicher Bezirkskomitees für den Monat August zum Abdruck. Wir empfehlen unseren Freunden, das in dem Kasfenbericht enthaltene Zahlenmaterial bei ihrer propagandistischen Tätigkeit in den Versammlungen, Betrieben und Vereinen als Beweis für die Leistungen der „Roten Hilfe“ heranzuziehen.

Die Unterstützungen wurden gezahlt an 1428 Frauen, 2128 Kinder und 1291 Gefangene, Außerdem wurden noch in sehr vielen Fällen Extraunterstützungen (Notstandsunterstützungen) gewährt

### Uebersicht

über die Gesamteinnahmen und Ausgaben der R.H. im Monat August 1924.

(Zusammengestellt nach dem Kasfenbericht des Zentralkomitees und den Kasfenberichten der Bezirkskomitees 1 bis 9, 11 bis 28. Der Bericht des Bezirkes 10 steht noch aus.):

Kasfenbestand der Zentralkasse am 1. 8. 24	15 846,57 Mk.	Familien- und Gefangenen-Unterstützung	38 792,43 Mk.
Kasfenbestand der Bezirke	17 762,82 „	Notstandsunterstützung	16 136,34 „
Einnahmen der Zentralkasse	78 415,13 „	Rechtsschutz	47 952,42 „
Einnahmen der Bezirke	47 952,96 „	Propaganda	8 872,86 „
		Verwaltungskosten	5 858,07 „
		Unkosten	2 488,47 „
		Kinderheim	4 750,00 „
		Zahlungen der Bezirke a. d. Zentralkomitee	2 946,37 „
			Sa.: 127 796,96 Mk.
		Kasfenbestand der Zentralkasse am 30. 8. 24	12 984,14 „
		Kasfenbestand der Bezirkskassen	19 196,38 „
	Sa.: 159 977,48 Mk.		Sa.: 159 977,48 „

Zentralkomitee „Rote Hilfe“ Deutschlands.

## Berichtigung

In unserer letzten Ausgabe vom 11. Oktober ist der Rechenschaftsbericht für den Monat September enthalten. In der Aufstellung der Einnahmen befindet sich ein Druckfehler, und zwar heißt es: Einnahmen an Beitragsmarken 76,10 Mark. In Wirklichkeit muß es heißen: Einnahmen an Beitragsmarken 766,10 Mark. Der Gesamtbetrag der Einnahme bleibt derselbe.

Das Bezirkskomitee der „Roten Hilfe“ Halle-Merseburg.

## Rechenschaftsbericht des Bezirkskomitees der R.H. Hessen-Waldeck für Monat September

Der schlechte Stand der „R. H.“-Arbeiten im Gebiet Hessen-Waldeck erlaubte dem Bezirkskomitee nicht, im Monat September die laufenden Monatsunterstützungen zur Auszahlung zu bringen. Die Frauen und Kinder unserer gefangenen Genossen konnten nur ganz geringe Abschlagszahlungen erhalten. Erst Anfang Oktober war es mit Hilfe der finanziellen Unterstützung des Zentralkomitees möglich, den Familien nachträglich die Unterstützung für Monat September zur Auszahlung zu bringen. Die Verrechnung dieser Beträge erfolgt erst im Monat Oktober.

Rechtsschutz wurde in 5 Fällen für 18 Angeklagte auf Antrag des Bezirkskomitees vom Zentralkomitee bewilligt.

Die Ausgaben und Einnahmen des Bezirkskomitees ergeben sich aus nachfolgender Aufstellung:

Einnahmen:		Ausgaben:	
47 Mitgliedskarten	4,70 Mk.	Familien- u. Gefangenen-Unterstützung	39,00 Mk.
87 Beitragsmarken	8,70 „	Notstandsunterstütz.	54,50 „
72 Postkarten	7,20 „	Verwaltungskosten	13,70 „
7 Broschüren	2,20 „		
Sonstige Sammlungen	51,24 „		
Summa:	74,04 Mk.	Summa:	107,20 Mk.
Kasfenbestand am 1. September	37,62 „	Kasfenbestand am 30. September	4,46 „
Total:	111,66 Mk.	Total:	111,66 Mk.

Die „sonstigen“ Sammlungen setzen sich zusammen: Von dem Angestellten der R.P.D. 30 Mk., Tellerammlung in Wolfisanger 3,30 Mk., Tellerammlung in der Oberlein-Versammlung 17,14 Mk., von Zwehren 80 Pf.

Cassel, den 1. Oktober 1924.

Das Bezirkskomitee der „R. H.“